

Antrag

der Abgeordneten Garrelt Duin, Hubertus Heil (Peine), Doris Barnett, Klaus Barthel, Klaus Brandner, Martin Dörmann, Ingo Eglhoff, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Klaus Hagemann, Rolf Hempelmann, Ute Kumpf, Manfred Nink, Thomas Oppermann, Wolfgang Tiefensee, Andrea Wicklein, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Impulse für den Standort Deutschland – Für eine moderne Industriepolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

A. Chancen des Strukturwandels nutzen

Deutschland ist aufgrund seines industriellen Kerns verhältnismäßig gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen. Kein anderes Land in Europa verfügt über eine so breite industrielle Wertschöpfungskette wie Deutschland. Die besondere Stärke des Wirtschaftsstandorts gründet auf dem Zusammenspiel der Industrieunternehmen – vor allem einem starken Mittelstand – und den damit verflochtenen Dienstleistungen. Denn Industrie und Dienstleistungen sind kein Gegensatz: Der Ausbau moderner Industrien ist stets gekoppelt an nachgelagerte und vor allem hochwertige Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich; umgekehrt wären weite Teile der Dienstleistungswirtschaft ohne eine starke industrielle Produktion in Deutschland jedoch nicht vorhanden.

Auch in Zukunft braucht Deutschland eine starke Industrie – rund jeder dritte Arbeitsplatz hängt hierzulande an der Entwicklung industrieller Wertschöpfung. Mit der industriepolitischen Tatenlosigkeit der Bundesregierung können die veränderten Rahmenbedingungen der globalisierten Märkte allerdings nicht gemeistert werden. Deutschland muss durch eine aktive, zukunftsorientierte Industriepolitik wieder besser regiert werden.

Denn die deutsche Industrie steht vor grundlegenden Herausforderungen: Globalisierung, Umwelt- und Klimaschutz mit dem langfristigen Ziel, die ambitionierten, nationalen Klimaziele zu erreichen, Rohstoff- und Flächenverknappung, technologische Innovationen und demografische Entwicklung sind Treiber eines Strukturwandels, der auch die Industrie weiter verändern wird. Funktionsfähige Finanzmärkte sind eine wesentliche Voraussetzung für eine leistungsfähige Industrie und zentrale Voraussetzung für Investitionen. In den vergangenen Jahren haben ungezügeltere Spekulationen an den Finanzmärkten großen Schaden angerichtet. Die Lehre muss lauten, dass die Finanzmärkte reformiert und neu geordnet werden müssen. Kein Finanzmarktakteur und kein Finanzprodukt dürfen unreguliert bleiben. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik müssen sich jetzt auf die Herausforderungen einstellen.

Mit Sorge ist in diesem Zusammenhang zu beobachten, wie die Probleme der Industrie und der Produktion immer stärker aus dem öffentlichen Bewusstsein geraten. Daher muss es bei einer Modernisierungsdebatte auch darum gehen,

einen Diskurs zu Rolle und Selbstverständnis sowie gesellschaftlicher Akzeptanz einer zukunftsorientierten Industrie zu führen.

Europas Industrie ist zu modernisieren – Europas Krise muss mit einem „Industriellen Erneuerungsprogramm“ für Europa (European Industrial Recovery Program) beantwortet werden. Ziel sind Investitionen in die industrielle Modernisierung, in Forschung und Entwicklung, um die Stärken der jeweiligen Länder zu stärken.

Der Wettbewerb zwischen Industrieländern und schnell wachsenden Schwellenländern wird immer schärfer. Die Industrie der EU konkurriert mit China, Brasilien, Indien und anderen Schwellenländern auch um hochwertige Produkte, die weltumspannende Arbeitsteilung nimmt an Intensität zu. Die Vorstellung von nationalen Sektoren und Industrien, die kaum in Wechselwirkung mit der übrigen Welt stehen, entspricht immer weniger der Wirklichkeit. Die Industrialisation, die es schafft, die Infrastruktur, die Energiefrage, die Produkt- und Produktionsbasis im eigenen Land nachhaltig auszurichten und dabei den Wohlstand der Gesellschaft zu erhalten und gleichzeitig angepasste Lösungen für nachholende Nationen zu entwickeln, wird wirtschaftlich die Nase vorn haben.

Dabei muss es auch darum gehen, im In- und Ausland der ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Verantwortung gerecht zu werden. Orientierung für Staaten und Unternehmen bieten dabei die ILO-Kernarbeitsnormen, die OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen und die UN-Leitlinien zu Wirtschaft und Menschenrechten.

Hinter dem jüngsten Erfolg der deutschen Industrie stehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ohne ihre Kreativität und ihr Engagement in den Unternehmen und Betrieben wäre ein solcher Erfolg nicht möglich. Aus diesem Grund stehen die Beschäftigten im Vordergrund einer zukunftsorientierten Industriepolitik. Entscheidend für die Entwicklung und Zukunft des Standortes ist die Kooperation der kreativen Köpfe in Industrie, Dienstleistungen und Wissenschaft. Dabei geht es vor allem auch um die Gestaltung der Arbeitswelt von morgen: Wissen und Information entscheiden zunehmend über wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen und berufliche Perspektiven der Beschäftigten. Diese Veränderungen bewirken einen Wandel der Arbeitsstrukturen und -verhältnisse. Die Neubewertung der Arbeit steht im Zentrum der Politik der kommenden Jahre. Sie ist eine Schlüsselfrage der Zukunft. Die Industrie ist durch den aufgewerteten Faktor Arbeit zu stabilisieren und zukunftsfest zu machen. Industriepolitik muss sich ebenso am Leitbild der „Guten Arbeit“ orientieren, wie gute Arbeitspolitik am Leitbild einer innovations- und qualifikationsorientierten Industrie.

Traditionelle und neue Industrien dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die klassischen industriellen Kernkompetenzen Deutschlands liegen bisher im Maschinen- und Anlagenbau, in der Chemie, der Elektrotechnik, dem Schiffbau, dem Stahl oder dem Automobilbau. Sie bilden das Rückgrat der Wirtschaft und haben grüne Technologien erst ermöglicht. Es geht auch für unsere klassische Industrie um verlässliche Rahmenbedingungen und vor allem eine nachhaltige, bezahlbare Energieversorgung. Mit der Energiewende eröffnen sich zudem neue Potenziale für die deutsche Industrie und Perspektiven für neue, hochqualifizierte Arbeitsplätze.

Es bedarf einer nachhaltigen Industriepolitik statt unregulierter Märkte. Der Strukturwandel ist offensiv anzugehen. Ökonomische Effizienz, soziale Balance, effiziente Nutzung und Schonung der natürlichen Ressourcen sind Eckpunkte einer solchen Strategie. Mit einer Modernisierung der Industrie müssen heute die Arbeits- und Lebensperspektiven zukünftiger Generationen gestaltet werden.

Der Markt muss klare Rahmenbedingungen haben. Auf vielen Feldern sind politisch gesetzte Anreize und Leitplanken erforderlich, um Industrieproduktion

zukunftsfähig zu machen und nachhaltig zu gestalten. Die Politik muss dies auch gegen Widerstände durchsetzen. Das bedeutet allerdings keine staatliche Alleinzuständigkeit für die Wirtschaftsentwicklung. Die Geschichte zeigt, dass eine solche Alleinzuständigkeit eher das Gegenteil von positiver wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung ist. Aber die zunehmenden Eingriffe z. B. durch Kartelle und Verträge zwischen Staaten zur Sicherung der Rohstofflieferungen machen deutlich, dass wachsende Teile von wirtschaftlichem Handeln nicht allein über das Marktgeschehen gestaltet werden und auch in Zukunft nicht gestaltet werden können.

Ziel muss sein, die Bedeutung der Industriepolitik innerhalb einer modernen Wirtschaftspolitik wieder zu erkennen, ihr einen besonderen Stellenwert einzuräumen und aktive Industriepolitik zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie Vollbeschäftigung und als Kernelement zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu fördern.

B. Den Industriestandort Deutschland durch eine integrierte Industriepolitik stärken

Industriepolitik ist als Querschnittsaufgabe zugunsten des verarbeitenden Gewerbes und als Klammer von Standort- und Wettbewerbspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, Umwelt- und Energiepolitik, Technologiepolitik, Mittelstandspolitik und Europa- und Außenwirtschaftspolitik zur Schaffung industriefreundlicher Rahmenbedingungen zu verstehen. Nur wenn diese Politikfelder gemeinsam im Sinne einer integrierten Industriepolitik gedacht werden, können die Herausforderungen des Strukturwandels erfolgreich bewältigt und die Industrie zukunftsfest gemacht werden. Eine aktive Industriepolitik muss insbesondere folgende Schwerpunkte umfassen:

1. Standortbedingungen für die Industrie durch ein Impulsprogramm für Investitionen verbessern – Einen neuen gesellschaftlichen Konsens für Infrastrukturprojekte schaffen

Ein Schlüssel für Wohlstand und Arbeit in der Industrie von morgen ist eine gezielte Investitions- und Modernisierungsstrategie und die Schaffung von guter Arbeit für die Zukunft. Als Grundlage für neues Wachstum und für die Arbeit von morgen braucht Deutschland eine Modernisierung seiner Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur.

Industriearbeitsplätze in einer erfolgreichen Wirtschaft wird es nur geben, wenn die Infrastruktur stimmt. Insbesondere neue Energien brauchen eine veränderte Transportinfrastruktur. Dabei müssen alle Beteiligten – Politik, Netzbetreiber, Energieerzeuger – im ständigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern um Akzeptanz für Investitionen in Energieinfrastrukturprojekte werben. In diesem Zusammenhang muss es um einen neuen gesellschaftlichen Konsens gehen, der die Bedeutung der Infrastruktur für unseren Wohlstand kommuniziert, und in dem darüber Verständigung erzielt wird, wie die Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsinfrastruktur der Zukunft aussehen soll. Daran müssen Gesellschaft, Unternehmen und Politik gemeinsam arbeiten. Am Ende müssen Entscheidungen, die demokratisch legitimiert und unter breiter Beteiligung der Bevölkerung getroffen worden sind, dann aber auch von allen mitgetragen werden. Entscheidungen zur Infrastruktur müssen für alle Akteure verlässlich sein.

2. Sicherung des Fachkräftebedarfs

Der demografische Wandel wird den Wettbewerb um Fachkräfte in den kommenden Jahren spürbar verschärfen. Der Mangel an qualifizierten Fachkräften kann zum Engpass für die wirtschaftliche Entwicklung führen. Industrieprozesse sind zunehmend wissensbasiert – Deutschlands Potenzial sind hochquali-

fizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit produktionsbezogenem Know-how und hohem Fachwissen. Dieses Potenzial muss gesichert und durch eine Bildungs- und Qualifikationsoffensive weiterentwickelt werden.

Eine verantwortungsbewusste Politik zur Deckung des aktuellen und zukünftigen Fachkräftebedarfs muss differenziert und vorausschauend sein. Politik und Unternehmen sind in gleichem Maße gefordert, den Arbeitsmarkt der Zukunft zu gestalten. Um dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel zu begegnen, ist eine gemeinsame Allianz von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik auf den Weg zu bringen. Es muss alles dafür getan werden, um die Potenziale unserer Gesellschaft besser auszuschöpfen, gleichzeitig bedarf es einer gezielten Einwanderung. Besonders schwierig ist die Situation weiter für Geringqualifizierte in häufig nur prekären Beschäftigungsverhältnissen. Im Hinblick auf die Sicherung des Fachkräftebedarfs sind daher Weiterbildungsinitiativen geringqualifizierter und behinderter Beschäftigter erforderlich.

Gerade hochqualifizierte Fachkräfte sind der Schlüssel, um auch in Zukunft international wettbewerbsfähig zu bleiben. Deshalb müssen konsequent mehr Menschen mit beruflichen Qualifikationen für ein Studium gewonnen werden. Eine erheblich höhere Durchlässigkeit des Bildungssystems zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung ist zwingend notwendig. Die erfolgreichen Regelungen hierzu, mit denen in SPD-geführten Bundesländern bereits gute Erfahrungen gemacht wurden, müssen gemeinsam mit den Hochschulen weiter ausgebaut werden.

3. Gute Arbeit, starke Sozialpartnerschaft und kooperative Unternehmensführung – Eckpfeiler moderner Industriepolitik

Gute Arbeit ist zentrale Voraussetzung für die Bewältigung des Strukturwandels und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Qualifizierung und faire Löhne sind keineswegs allein sozialpolitische Fragen, sondern vor allem wachstums-, innovations- und investitionspolitische Voraussetzungen. Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, barrierefreie Arbeitsplatzgestaltung, Arbeitszeitgestaltung, Arbeitsintensität und Arbeitsplatzsicherheit sind ein Gestaltungsauftrag auch an die Unternehmen.

Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie sind eine bewährte Grundlage für eine gute Unternehmenskultur. Sie sind Erfolgsfaktor und Wettbewerbsvorteil für Unternehmen. Eine erfolgreiche Erneuerung der industriellen Basis kann umso besser gelingen, je mehr Beschäftigte in diesen Prozess einbezogen werden. Gute Unternehmensführung steht für Kooperation. Die Unternehmenspraxis zeigt, dass dort, wo eine konsequente Ausrichtung des Managementhandelns auf Kooperation und Partizipation mit den Beschäftigten und ihrer Interessenvertretung erfolgt, die Qualität der Unternehmensführung zunimmt. Gute Unternehmensführung steht schon heute für wirtschaftlichen Erfolg. Sozialpartnerschaft lohnt sich.

Zu moderner Unternehmensführung gehört auch Corporate Social Responsibility (CSR), d. h. die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung durch die Unternehmen über gesetzliche Anforderungen hinaus. Bei transnationalen Unternehmen umfasst die gesellschaftliche Verantwortung auch Tochterfirmen und Kooperationspartner im Ausland. Strategisch angelegte CSR wird zunehmend zu einem Wettbewerbsvorteil und stärkt gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt. International agierende Unternehmen tragen hier eine besondere Verantwortung, insbesondere wenn sie auf schwach regulierten Märkten und politisch instabilen Staaten – vor allem in prosperierenden Schwellen- und Entwicklungsländern – tätig sind. Diese Verantwortung gilt es aus sozialstaatlicher Perspektive einzufordern und nachhaltig zu unterstützen. Es bedarf Verbindlichkeit durch Rechenschafts- und Transparenzpflichten zu sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen im Kerngeschäft und ent-

lang der Lieferkette, so wie dies im Entwurf der EU-Richtlinie für eine neue europäische CSR-Strategie vorgesehen ist.

4. Ökonomischen und Ökologischen Wandel gestalten – Für eine sichere Energie- und Rohstoffversorgung der Industrie

Der Umbau unseres Energiesystems ist ein wesentlicher Bestandteil moderner Industriepolitik. Eine verlässliche, umweltgerechte und nachhaltige Energiepolitik, die Versorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen Kosten garantiert, ist ein wesentlicher Standortfaktor. Über die internationale Konkurrenzfähigkeit der Produktion entscheiden künftig in geringerem Maße die Arbeitskosten, viel stärker jedoch die Kosten für Energie, Rohstoffe und Materialien.

Der Schlüssel für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung liegt darin, die Ressourceneffizienz und Energieproduktivität so weit zu steigern, dass Wachstum und Ressourcen-, Flächen- und Energieverbrauch entkoppelt werden. Um der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, den Klimawandel abzumildern und mit den – bei steigendem Bedarf – zurückgehenden Rohstoffvorräten zurechtzukommen, müssen in der Industrie ressourcen- bzw. flächenschonende Produktionsweisen die Regel werden, die nicht auf der Nutzung fossiler Kohlenstoffquellen beruhen.

Mit dem Klimawandel verbinden sich große Verpflichtungen, aber auch ebenso große Chancen für die Industrie – Umwelttechnologien und Umweltinnovationen und der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien sind in Deutschland längst zu einem verlässlichen Motor für Wachstum und Beschäftigung geworden. Der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien bietet erhebliche Potenziale und ist zudem ein verlässlicher Jobmotor.

Bei einer Vielzahl von Rohstoffen bestehen Handels- und Wettbewerbsverzerrungen anderer Länder, die z. B. dem WTO-Regime entgegenstehen. Dadurch wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen beeinträchtigt. Für die deutsche Industrie bedeutet diese Entwicklung eingeschränkte Planungssicherheit, zum Teil erhebliche Beschaffungsengpässe und einen zunehmenden Druck hin zu einer höheren Ressourceneffizienz. Diese eröffnet gleichzeitig große Chancen, die eigenen Ressourcen in Form von Einsparungen und Recycling zu schonen und zu mobilisieren sowie Importabhängigkeiten zu senken. Es besteht nationaler und internationaler Handlungsbedarf.

Trotz dieser neuen Herausforderungen gilt es, die Rohstoffsicherung und -beschaffung an die Einhaltung sozialer, ökologischer und menschrechtlicher Mindeststandards zu knüpfen. Transparenz zu schaffen und international anerkannte Richtlinien sind als Grundvoraussetzung zu verstehen und müssen zum Leitbild moderner Rohstoffpolitik werden. Nur in einem global verstandenen Ansatz kann Rohstoffpolitik auch zukunftsweisende Industriepolitik sein. Deutschland muss seiner globalen Verantwortung im Rohstoffhandel gerecht werden.

5. Technologische Leistungsfähigkeit der Industrie sichern – Innovation fördern und den industriellen Mittelstand stärken

Industrie ist ein wichtiger Motor für Innovation in Deutschland: Technologische Innovation muss dazu genutzt werden, um gute Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Deutschland muss die Idee des technischen Fortschritts wiederentdecken. Durch technologischen Fortschritt kann nachhaltiger Wohlstand erzielt und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit erhöht werden.

Innovationspolitik muss den technologischen Wandel in Märkten, die zunehmend durch eine Verkürzung der Innovationszyklen und steigende Herausforderungen der Globalisierung geprägt sind, durch Schaffung geeigneter Infra-

strukturen unterstützen und somit Wachstumsimpulse verleihen. Hierbei kommt es darauf an, dass sich bestehende und neue Industrien effizient miteinander vernetzen. Es braucht in Deutschland die gesamte Wertschöpfungskette – von der industriellen Grundstoffproduktion bis zum hochspezialisierten High-techmittelständler; sie ist eine wichtige Voraussetzung für Innovationen.

Zur Innovationsfähigkeit werden kompetente Menschen und wandlungsfähige Unternehmen gebraucht. Im Vordergrund muss daher insbesondere die Innovationsfähigkeit durch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen – das Know-how der Beschäftigten ist Motor der Innovation. Humankapital muss von den Unternehmen noch mehr als bisher innovativ und nachhaltig eingesetzt werden, um die Industrie in die Lage zu versetzen, den Strukturwandel in einer sozial nachhaltigen Weise zu bewältigen.

Innovationen entstehen vor allem auch dort, wo sich Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung in Innovationsbündnissen zusammenschließen, um die Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit ihrer Regionen zu erhöhen. Die Förderung und Organisation von Innovationsprozessen und Netzworkebildungen wird daher zunehmend im Vordergrund stehen müssen.

Dabei sind Bedarfswelder wie Klima/Energie, Gesundheit/Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation genauso in den Blick zu nehmen wie Schlüsseltechnologien, Mikro- und Nanoelektronik, Optische Technologien, Mikrosystem-, Werkstoff- und Produktionstechnik, Dienstleistungsforschung, Raumfahrttechnologie und Informations- und Kommunikationstechnologie, Rückbautechnologien sowie die Nano-, weiße und rote Biotechnologie. Eine sachgerechte Betrachtung und Abwägung der Chancen und Risiken ist dabei selbstverständlich.

Digitalisierung und Vernetzung spielen heute in Unternehmensstrukturen wie in Produktionsabläufen eine bedeutende Rolle. Deutschland muss seine industrielle Erfolgsgeschichte fortsetzen und weiter auf die Strukturen seines industriellen Clusters aufbauen – dazu ist der Produktionsstandort Deutschland auf die Entwicklung von IT-Infrastruktur angewiesen.

Starke Industrieunternehmen sind die Grundlage wirtschaftlichen Erfolges. In Deutschland sind es vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die das Rückgrat dieser Dynamik ausmachen. Gerade mittelständischen Betrieben muss daher besondere Aufmerksamkeit gelten. Weil Innovationen häufig auch aus jungen Unternehmen hervorgehen, muss die Gründung neuer Unternehmen erleichtert und unterstützt werden. In Deutschland steht zu wenig privates Beteiligungskapital zur Verfügung – die Finanzierungsmöglichkeiten für Start-up-Unternehmen müssen verbessert werden.

6. Industriepolitik ist Mehrebenenpolitik

Gegenwärtig sind zentrale Politikbereiche und Instrumente von industriepolitischer Bedeutung wie Forschung und Entwicklung auf zahlreiche Bundesministerien verteilt, ohne dass eine zielorientierte Abstimmung erfolgt. Angesichts ihrer übergreifenden Bedeutung muss Industriepolitik von der Bundesregierung auch ressortübergreifend koordiniert werden. Insoweit besteht erheblicher Handlungsbedarf. Hierzu bedarf es neben einer Bündelung zentraler industriepolitischer Kompetenzen in einem Bundesministerium auch einer besseren Koordinierung wichtiger Bereiche der Forschungs- und Förderpolitik ohne Reibungsverluste. Industriepolitik machen auch die Länder, Regionen und Städte, deren Interessen in eine industriepolitische Gesamtausrichtung mehr als bisher Eingang finden müssen.

In gleichem Maße, wie Industriepolitik stärker national koordiniert werden muss, bedarf es auch einer koordinierten Industriepolitik in Europa: Der Schlüssel zum Erfolg einer modernen Industriepolitik kann nur in einem inte-

grierten, branchenübergreifenden Ansatz liegen, der durch horizontale und sektorale Initiativen und Maßnahmen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene unterstützt wird. Industriepolitik muss wieder ins Zentrum europäischer Politik gerückt werden.

Die internationalen Wertschöpfungsketten sind immer stärker verknüpft, der Wettbewerb um knappe Energie und knappe Rohstoffe und um Böden wird intensiver. Die Industrie der EU muss auch bei der Umstellung auf eine CO₂-emissionsarme, ressourceneffiziente Wirtschaft die Führungsrolle übernehmen. Gleichzeitig darf diese Umstellung jedoch nicht zu Lasten rohstoffreicher Entwicklungsländer gehen. Die faire Ausgestaltung internationaler Handelsbeziehungen ist notwendige Voraussetzung. Nur in einer gemeinsamen europäischen Anstrengung kann die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie sichergestellt werden. Deutsche Unternehmen sind in vielen Bereichen weltweit führende Ausrüster. Eine industriepolitische Strategie ist deshalb durch eine schlüssige Handelspolitik mit verlässlichen Rahmenbedingungen und fairen Handelsregelungen im globalen Maßstab zu flankieren.

Fast ein Viertel unserer Wertschöpfung wird in der Industrie erwirtschaftet. Um Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern, führt kein Weg an einer leistungsfähigen Industrie vorbei. Der Deutsche Bundestag setzt sich für die notwendige Modernisierung der Industrie ein, damit Deutschland auch im Jahr 2020 ein wirtschaftlich erfolgreicher Industriestandort ist. Die Fraktion der SPD hat dazu ein Positionspapier mit dem Titel „Sozialdemokratische Industriepolitik – Impulse für den Standort Deutschland“ vorgelegt, das eine entsprechende Strategie zur Modernisierung der Industrie im Einzelnen erläutert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen neuen gesellschaftlichen Konsens für die dringend benötigte Modernisierung und den Ausbau der Infrastruktur in Deutschland, der die Bedeutung der Industrie berücksichtigt und eine neue Akzeptanz schafft, auf den Weg zu bringen;
2. eine Allianz gegen Fachkräftemangel als gemeinsame Aktion von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik zu initiieren;
3. eine aktive Industriepolitik für Vollbeschäftigung zu betreiben, die sich am Leitbild „Gute Arbeit“ orientiert;
4. die Rahmenbedingungen für eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energie- und Rohstoffversorgung der Industrie durch unverzügliche Vorlage eines Masterplans für die einzelnen Schritte der Energiewende zu schaffen;
5. durch eine zielgerichtete Innovationspolitik, die durch eine Initiative zur Schaffung von mehr Technikverständnis unterstützt wird, die technologische Leistungsfähigkeit der Industrie zu sichern und den Mittelstand zu stärken;
6. den Industriestandort zielgerichteter national zu koordinieren, stärker europäisch auszurichten und mit einer schlüssigen Handelspolitik zu flankieren.

Berlin, den 7. Februar 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

